

Stürzt Europa wie ein Kartenhaus zusammen, ähnlich dem sowjetischen Imperium, wenn weiterhin eine bürgerferne Politik von Brüssel aus betrieben wird? Ist mit dem Vertrag von Maastricht die Grenze des Zumutbaren erreicht? Haben die Politiker mit diesem Vertragswerk den Weg einer rational nachvollziehbaren Politik verlassen? Wird das Maastricht-Europa zu Nationalismus führen? Alle vier Fragen lassen sich nach der Lektüre des von dem sogenannten Europarebell Manfred Brunner herausgegebenen Buches bejahen.

Manfred Brunner war 28 Jahre F.D.P.-Mitglied und zuletzt Kabinettschef des deutschen Kommissars der Europäischen Union (EU), Martin Bangemann, bis dieser ihn auf Anweisung von Bundeskanzler Helmut Kohl entlassen mußte. Brunner strengte nicht nur die Klage gegen den Vertrag von Maastricht vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an, sondern gründete Ende Januar auch eine neue Partei, den Bund Freier Bürger.

Der Herausgeber hat eine stattliche Anzahl von nationalen und internationalen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Diplomatie versammelt, die den Maastricht-Vertrag aufgrund ihrer Sachkompetenz einer kritischen Würdigung unterziehen. Dazu gehören Margaret Thatcher, ehemalige britische Premierministerin, Philippe Séguin, Präsident der Französischen Nationalversammlung, Erwin Wickert und Hans Schauer, beide Botschafter a. D., Wilhelm Nölling, ehemaliger Präsident der Hamburger Landeszentralbank, die renommierten Professoren Wilhelm Hankel, Joachim Starbatty, Karl Albrecht Schachtschneider, Hans-Heinrich Rupp und Roland Vaupel, der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm und Peter Gauweiler, bis vor kurzem noch bayerischer Umweltminister, um nur einige zu nennen. Sie alle sind sich in ihrer Ablehnung des Vertrages von Maastricht einig.

Die Autoren sehen anstelle eines offenen liberalen politischen Systems, das auf Wettbewerb ausgerichtet ist, eine zentralistische Bürokratie am Werk, die versucht, alle Lebensbereiche der Menschen zu reglementieren. So sieht Paul Belien, Journalist der finanzwirtschaftlichen Wochenzeitschrift *Trends* in Brüssel, in der EU eine „geschlossene Gesellschaft“, die auf immer mehr Interventionismus abzielt. „Diese Konstruktion könnte ebenso plötzlich und vollkommen implodieren wie die Regime im Osten.“ Daß sich der Freiheitsbegriff der Gründungsväter unter der Ägide Jacques Delors in sein Gegenteil verkehrt habe, zeige die Haltung der EU gegenüber den demokratischen Nationalstaaten Mittel- und Osteuropas. Anstatt sie am offenen Markt der EU teilhaben zu lassen, seien ihnen die Türen verschlossen und die Mauern des Protektionismus erhöht, „weil sie (noch) keinen Reichtum zur Rückvertei-

lung durch nationale oder supranationale Wohlfahrtssysteme erwirtschaften“. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm sieht eine langfristige Gefahr für den Frieden in Europa, wenn sich der Westen der „Aufbauleistung im Osten Europas verweigert“. Für ihn ist Europa nicht das Dreieck Paris-Brüssel-Bonn: „Es geht nicht mehr nur um die Weiterentwicklung der Europäischen Union, sondern um die größere Aufgabe, ganz Europa demokratisch für eine friedliche Zukunft zu ordnen.“

Manfred Brunner wird von seinen Kritikern zu Unrecht der Vorwurf gemacht, er sei gegen Europa. In der Tat lehnt Brunner einen Bundesstaat Europa ab. Er fordert eine neue Europapolitik und bekennt sich in seinem Beitrag leidenschaftlich zu Europa, aber nicht

Das aktuelle Buch

Manfred Brunner (Hrsg.),
Kartenhaus Europa? Abkehr vom Zentralismus —
Neuanfang durch Vielfalt.

Verlag Bonn Aktuell,
München 1994;
240 S., DM 39,—

zur „Festung“ Westeuropas, die durch den Vertrag von Maastricht geschaffen werden soll. Brunner tritt für ein Europa der Nationalstaaten ein, weil nur ein Nationalstaat Verfassungsstaat sein kann. „Er ist der gemeinsame Rahmen, in dem sich ethnische, religiöse und kulturelle Unterschiedlichkeiten entfalten können.“ So verlangt Brunner auch von den Deutschen, ein normales Verhältnis zu ihrer Geschichte zu finden: „Ein neues Europa braucht normal gewordene Deutsche.“ Sie müßten sich von ihrer „Ersatzidentität“ verabschieden, um zugleich Deutsche und Europäer werden zu können. Diesen mit dem gebrochenen Geschichtsbewußtsein einhergehenden Mangel an politischer Verantwortung merkt auch Ulrich Wickert an, der in der völligen Hingabe an Europa ein Verlangen der Deutschen sieht, den Makel loszuwerden, ein Deutscher zu sein.

Befürchten viele Maastricht-Befürworter, daß durch ein Beiseitestehen der Deutschen deren Macht eingeschränkt würde, so vertritt Margaret Thatcher hier eine Gegenposition. Die Macht Deutschlands sei am besten in einem

unverbindlicheren Europa aufgehoben, in dem die einzelnen Nationalstaaten ihre Handlungsfähigkeit weiter besäßen. Die Befürworter von Maastricht führen immer wieder ins Feld, daß viele Probleme nur noch gemeinsam gelöst werden können. Dieser These ist nur mit großen Einschränkungen zuzustimmen. So weist Peter Gauweiler nach, daß auf dem Gebiet der Umweltpolitik die Deutschen von ihren hohen Standards Abschied nehmen müssen, weil sie sich dem viel niedrigeren Niveau der anderen anpassen müssen. Unsere Vorreiter-Rolle werde im Notfall „wegharmonisiert“. Der im Vertrag durchgesetzte Artikel 130s Abs. 5 mit der Ausnahmeklausel für die wirtschaftlich schwachen Länder wird, nach Meinung von Gauweiler, dazu führen, daß sie ihre Ausnahmeregelungen bei den Umweltrichtlinien durchsetzen werden oder sie sich teuer über den Kohäsionsfonds abkaufen lassen.

Ebenso wie auf umweltpolitischem, so wird es auch auf sozialpolitischem Gebiet eine Nivellierung nach unten geben, oder die Zeche werden wieder die schwachen Länder zahlen, wie Wilhelm Hankel feststellt. „Ihre Sozialkrise, um nicht zu sagen -katastrophe, ist programmiert.“ Einen gesamteuropäischen Wohlfahrtsstaat werde es sobald nicht geben. Und hier fange die „Lebenslüge“ der europäischen Linken an. „Sie will zwar Europa, seine Währung und Zentralbank. Aber wenn es um die sozialen Leistungssysteme geht, bleibt jede Euro-Nation sich selbst die nächste. Nur ist das eine Rechnung, die so oder so nicht aufgehen kann.“ Schon weil Europa nach Meinung von Hankel die demokratische und wohlfahrtsstaatliche Basis und Legitimation fehlt, kann es keinen Mega-Staat bilden.

Die durch den Maastricht-Vertrag beschlossene Abschottung Westeuropas ist kein Europa für die Bürger, sondern eines von Interessengruppen, wie Roland Vaupel aufzeigt. So entfallen 72 Prozent der Gemeinschaftskosten auf Interessengruppen. Sie sind die Profiteure der EU, die Bürger aber die Zahlmeister. Die meisten der Regulierungen dienen dem Zweck, „Interessengruppen Privilegien einzuräumen“, so Vaupel. „Sie beschränken den Marktzugang, schwächen den Wettbewerb und schaden dem Verbraucher.“

Für alle, die sich mit dem Maastricht-Vertrag kritisch auseinandersetzen wollen, ist dieses Buch eine Pflichtlektüre. Daß es Manfred Brunner gelungen ist, diese Fülle an kompetenten Europapolitikern zusammenzuführen, spricht für ihn, der im übrigen ein Bewunderer Thomas Dehlers ist. Die Beiträge sind es allemal wert, gelesen zu werden. Sie werden auch manchen Europabegeisterten nachdenklich stimmen und hoffentlich ihren Beitrag zu einer sachlichen Diskussion leisten.

Ludwig Watzal